

Jochen Esser

Retten, was zu retten ist

Mitte der 50er Jahre des vorigen Jahrhunderts war in Europa erstmals in der Menschheitsgeschichte ein Stadium erreicht, in dem es „keine im Stich gelassene oder der privaten Mildtätigkeit anheimgegebene Armut mehr“ gab (Arnold Gehlen). „Das goldene Zeitalter des Kapitalismus“ (Eric Hobsbawm) hatte begonnen. Die (West)deutschen rieben sich erstaunt und euphorisiert die Augen. Sie, die angesichts der Verbrechen des Nationalsozialismus mit der Rache der Sieger in Form ewiger Armut und Knechtschaft gerechnet hatten, waren vorneweg dabei. Wo gestern Tod durch Bomben, Hunger und Kälte gewütet hatte, blühte das Wirtschaftswunder.

Irgendwann in den 80er Jahren ging das goldene Zeitalter zu Ende. Die Westdeutschen lebten schon seit Mitte der 70er über ihre Verhältnisse. Die Ostdeutschen erkämpften sich 1989 den Weg zu Freiheit und Demokratie. Aber beigetreten sind sie 1990 einer Illusion von Wohlstandsgesellschaft, die so in ihren Köpfen aber schon nicht mehr in der Wirklichkeit existierte.

Der deutsche Wohlstand wird Fassade

Die Fassade ist noch weitgehend intakt. Wanderer, kommst du nach Deutschland, siehst du ein blühendes und geordnetes Land: die Häuser, Fabriken, Bankenpaläste und Konsumtempel, die Straßen und Flughäfen oder der Schienenverkehr, die Wiesen und Wälder - angehäufte Reichtum aus 50 Wohlstandsjahren in einem davor verwüsteten Land. Ob Bildung oder Gesundheitswesen, ob Wasserversorgung, Müllabfuhr und öffentlicher Personenverkehr, ob Sport- und Kulturstätten, ob Polizei oder Gerichte: alles ist vergleichsweise gut ausgestattet und funktioniert. Fürwahr, du bist einem der reichsten Länder Erde gelandet mit obendrein weniger Ungleichheit und Elend als fast überall anderswo.

Doch ist das alles auf Pump gebaut. Den letzten Haushaltsüberschuss des Staates gab es 1973. In den folgenden 30 Jahren hagelte es jährlich Defizite – im letzten Jahr 82 Milliarden Euro. Von hinnehmbaren konjunkturbedingten Defiziten kann nicht Rede sein. Das Leben auf immer mehr Kredit ist längst chronisch. Und die wirtschaftliche Entwicklung hält mit dem Schuldenmachen seit 30 Jahren nicht mehr Schritt. Der Schuldenstand stieg seit 1973 von 18 Prozent des Brutto-Inlands-Produkts auf 64 Prozent. In Euro und Cent sind das unvorstellbare 1,4 Billionen Euro.

Das goldene Zeitalter des Kapitalismus ist lange zu Ende. Der imperialistische Extraprofit, aus dem der Volkswohlstand in Europa sich speiste, wird schmaler. Denn die dritte Welt holt in Gestalt der Schwellenländer auf, und die etablierten Konzerne heben zugleich ab in die globale Sphäre. Dort sind sie von den europäischen Nationen und ihren Umverteilungsstaaten kaum noch zu erreichen. Es ist nur eine Frage der Zeit, wann die Wohlstandsfassade nicht nur große Risse zeigt. Wir können nicht länger mehr ausgeben als wir erwirtschaften.

Selbstverliebte Deutsche

Dem Wirtschaftswunderland geht die Luft aus. Nur seine Bewohner wollen es nicht wahrhaben. Zu verliebt sind sie in die Bilder der Vergangenheit. Zu sehr glauben sie an die

obsolet gewordene Allmacht umverteilender Politik. Zu verliebt sind sie in ihr Selbstbild vom tüchtigen Deutschen, bei dem Erfindergeist und Fleiß sich paaren. Zu sehr glauben Sie fast rassistisch daran, mindestens Platz 3 in der Welthierarchie von Wohlstand und wirtschaftlicher Leistungskraft gepachtet zu haben. Als könne der Chinese das nicht alles auch, wenn man ihn nur lässt.

Und die trügerische Fassade bestätigt sie täglich in diesem falschen Bild. Dabei fällt sie in ein oder zwei Jahrzehnten ein, wenn die Deutschen weitermachen wie bisher. Dass die öffentlichen Haushalte kollabieren, ist ein untrügliches Warnsignal. Berlins extreme Notlage ist dabei nur die Spitze des Eisbergs. Wohlstandsgewinne versprechen, kann die Politik in dieser Situation nicht. Sie kann nur versuchen zu retten, was zu retten ist.

Es ist leichter zu sagen, was als Rettungsversuch ungeeignet ist, als präzise zu bestimmen, worin die rettende Aktion zu bestehen hätte. Aber ungeeignete Politikkonzepte auszuschließen, hat ja auch Sinn. Falsch sind alle Konzepte, die glauben, einen Umbau der Sozialsysteme vermeiden zu können. Das ist weitestgehend Konsens. Blind ist aber auch die Hoffnung, ohne Wohlstandseinbußen auskommen zu können. Wir werden uns den niedrigeren internationalen Standards in den entwickelten Ländern annähern und zudem mit der aufstrebenden Dritten Welt teilen müssen. Wie stark diese Einbuße ausfällt, hängt von der Entwicklung unserer Wirtschaftskraft ab. Ungeeignet sind deshalb alle Konzepte, die darauf setzen, ohne Stärkung unserer Standortqualitäten und ohne Wirtschaftswachstum auszukommen.

Linkspopulismus ohne Konzept

Ungeeignet ist linkspopulistischer Konservatismus. Die „Sozialstaatspartei“ kann nur scheitern an der Aufgabe, die sie sich stellt. Die gewohnte Leistungskraft des Sozialstaats ist nicht in toto zu retten, schon gar nicht seine überkommene Struktur. Die Krise des Sozialstaats ist kein reines Gerechtigkeitsproblem. Die Löcher in der Staatskasse sind viel zu groß, um durch Umverteilung gefüllt werden zu können. Eine Ursache dafür ist die wirtschaftliche Schwäche Deutschlands, die andere die demografische Veränderung. Beides lässt sich nicht beheben, indem „man es von den Reichen holt“.

Bei Deutschlands Reichen ist weder der Kindersegen zu Hause noch die Innovationskraft für wissensbasierte Produkte, die sich nicht auch in China zu dortigen Löhnen und Sozialstandards herstellen lassen. Und an das über alle nationalen Grenzen hinweg zirkulierende Geld der Reichen kommt man zwangsweise nur über internationale Vertragswerke und supranationale Institutionen heran. Daran muss man arbeiten. Aber bis da befriedigende Ergebnisse vorliegen, ist der die deutsche Wohlstandsstaatsfassade längst zusammengeklappt.

Neoliberale Resultate nicht berauschend

Auf freiwilliger Basis anlocken kann man das Kapital zunächst nur, wenn Steuern, Sozialabgaben und Löhne niedrig sind. Mit hoher Produktivität dank ausgebauter Infrastruktur, gutem Bildungsstand und moderaten Kosten zu locken, das ist das neoliberale Politikangebot. Die Bundesrepublik Deutschland hat daran in den letzten zwei Jahrzehnten – ob unter Schwarz-Gelb oder Rot-Grün – zahlreiche Zugeständnisse gemacht. Die Resultate sind nicht berauschend.

Das müsse noch weitergehen, die kritische Schwelle sei noch nicht erreicht, sagen die neoliberalen Befürworter. Ich habe da meine Zweifel. Steuerwettbewerb betreiben kann jeder. Da ziehen die Franzosen nach, und die USA, die Slowakei oder sonst wer legen erneut vor. Am Ende hat kein Land einen dauerhaften Vorteil, aber alle haben einen ruinösen Einnahmeverlust erlitten. Unsere öffentlichen Haushalte vertragen keine Nettoentlastungen der Steuerzahler mehr. Es ist bereits eine Herkulesaufgabe, die vorhandenen Defizite durch Ausgabenkürzung zu schließen. Steuervereinfachung ja, aber zukünftige Steuerreformen müssen aufkommensneutral sein.

Was sich noch lohnen könnte, ist der Schritt, die Löhne radikal von den Kosten für den Sozialstaat und die deutsche Einheit zu entlasten. Bürgerversicherung und Steuerfinanzierung statt Sozialabgaben ist hier das Stichwort. Dieser Umbau beseitigt nicht nur die letzte deutsche Besonderheit, die im internationalen Vergleich der Steuern und Abgaben sofort ins Auge sticht, sondern ist zugleich auch eine wichtige (Teil)Antwort auf die demografische Misere. Ohne Erhöhung der Mehrwertsteuer auf das international übliche Maß wird dieser Umbau allerdings nicht gehen, weswegen man Mehrwertsteuererhöhungen nicht länger tabuisieren darf.

Methode Sarrazin nicht empfehlenswert

Da wir alle wenig Lust auf möglichst niedrige Löhne und Steuerwettbewerb um die Gunst des Kapitals haben, und die Resultate dieses unproduktiven Kostensenkungswettbewerbs bislang mehr als zweifelhaft sind, bleibt als alternative Standortstrategie nur übrig: Wir müssen Dinge können, die andere nicht können. In Deutschland müssen Ideen im Angebot sein, deren Verwirklichung überdurchschnittliche Profite ermöglicht und hier eher gelingt als anderswo. Dann kommt auch Kapital. Und nur auf dieser Basis lassen sich gewohnte Sozialstandards unter der Bedingung der Globalisierung annähernd halten.

Dass der Weg über Bildung, Wissenschaft, Forschung und angewendete Innovation entschieden attraktiver ist als das Absinken auf Schanghaier Sozialniveau, ist unmittelbar einleuchtend. Aber es ist auch eine ungewisse Wette auf die Zukunft. Von der PISA-Studie über die Studienbedingungen an unseren Universitäten bis zur Kompetenz Deutschlands auf dem Feld der neuen Technologien: Unsere Voraussetzungen sind nicht die besten, und es gibt keinerlei Grund für die Annahme, dass dieser Weg ein Sonntagsspaziergang wird. Es gibt mehr trügerisches Selbstlob über unsere Bildungsinstitutionen und Forschungskompetenz als erwiesene Qualität, die dieses Selbstbild rechtfertigt.

Die Wahrheit ist, dass wir bis heute von den Ausläufern der deutschen wissenschaftlichen und technologischen Revolutionen des vorvorigen Jahrhunderts leben. Die deutschen Automobil- und Maschinenbauer, die Elektro-, Chemie- und Pharmaindustrie: das sind die Microsofts der vorletzten Jahrhundertwende. Gerade in Berlin ist besonders spürbar, dass die mörderischen Nazi-Dumpfbacken der aufregenden, kulturell kreativen und mit an der Spitze des wissenschaftlichen und technischen Fortschritts marschierenden „Electric City“ den Todesstoß versetzt haben.

Wissenschaftlich und technologisch irgendwann wieder an die Vorkriegsrolle Deutschlands und Berlins anknüpfen zu können, erfordert mehr Leistungsbereitschaft und Anstrengung, mehr internationale Offenheit und Zuwanderung, mehr Risikofreude und Akzeptanz von Ungleichheit als das deutsche Durchschnittsgemüt bereit ist aufzubringen. Es ist also ein erheblicher Mentalitätswechsel erforderlich. Und mehr Geld. Wer Spitzenresultate haben will,

muss die Breite fördern. Nicht alles was da begossen wird, blüht auf. Aber ohne breit zu gießen, kann gar nichts blühen.

Und damit wären wir vor der Haustür angelangt und können auch das Berliner Politikkonzept von Rot-Rot zu den Akten legen. Zu sparen, bis es überall quietscht, ist keine taugliche Methode, die Zukunft zu gewinnen. Man kann nicht sinnvoll kürzen, ohne über die Qualität von Ausgaben zu reden.

Klaus Wowereit meint, Kulturinstitutionen zu schließen und Studienbedingungen zu verschlechtern, sei eine Frage der sozialen Balance. Aber dieser traditionslinke Hang zu Gleichmäßigkeit ist für die Haushaltskonsolidierung verhängnisvoll. Nicht die Symmetrie des Rasenmähers sondern der Mut zu bewusst asymmetrischer Prioritätensetzung ist gefragt. Die Methode Sarrazin und Wowereit ist für Berlin ruinös und für Deutschland kein Vorbild, weil sie nicht rettet, was zu retten ist, sondern in die Abwärtsspirale des Kaputtsparens mündet.

CDU verantwortungslos

Die gegen Rot-Grün im Bund und Rot-Rot in Berlin gerichtete Oppositionspolitik der CDU ist bei Umfragen äußerst erfolgreich. Es wäre jedoch zuviel der Ehre, dieser Politik den Charakter eines Konzepts in der Sache zuzubilligen. In den Publikationen, die der CDU nahe stehen, lässt sich das Strickmuster der christdemokratischer Doppelstrategie schön beobachten. Auf Seite Drei wird gefordert, dass eine deutsche Maggie Thatcher namens Merkel überfällig sei, und auf Seite 37 wird hemmungslos die rot-grüne Rentenkürzung beklagt. Auf Berliner Ebene das gleiche Muster: Der Kommentar wirft Rot-Rot vor nicht genug zu sparen, und weiter hinten wird das Schicksal jedes erdenklichen Sparopfers skandalisiert - ob Polizeipferd oder Schüler.

Auf der einen Seite werden von der CDU rabiat neoliberale Konzepte zu Steuersenkung und Sozialabbau verabschiedet, auf der anderen Seite brandmarkt die gleiche Partei bereits die Agenda 2010 als Untergang des deutschen Sozialstaats. Und in Berlin wird dem Senat vorgeworfen zu wenig zu sparen und zugleich ist mir aus 170 Stunden Haushaltsberatung keine einzige Einsparung über einem Euro bekannt, die die CDU ausdrücklich gebilligt hätte.

Zukunftsorientierte Konsolidierung angestrebt

Da sind wir mit dem Beschluss der LDK entschieden besser und ehrlicher aufgestellt. Wir bekennen uns zur erforderlichen Reduzierung der Personalkosten und zur unvermeidlichen Kürzung der konsumtiven Ausgaben. Wir haben die Beendigung der irrwitzigen Berliner Wohnungsbauförderung und die Klage in Karlsruhe gefordert und auch durchgesetzt. Wir sagen, all das kann den Berliner Haushalt um über vier Milliarden Euro entlasten. Wir lassen keinen Zweifel daran, dass das bitter nötig ist. Und wir nennen die Bedingungen dafür, die Landesunternehmen bis auf einen sozial erforderlichen Grundbestand von 160.000 Wohnungen und die Wasserversorgung zu verkaufen.

Wir sagen aber auch, Berlin kann nicht relevant mehr sparen, als dieses mittelfristige Konsolidierungsprogramm vorsieht, ohne seine Wirtschaftskraft noch stärker zu beschädigen als sie es ohnehin ist. Wir lehnen die Vorstellung von Finanzsenator Sarrazin ab, den Berliner Haushalt ausschließlich über Ausgabenkürzungen und ohne Wirtschaftswachstum sanieren zu können. Diese Idee ist absurd, auch wenn sie für manchen Ökologen verführerisch glitzert.

Wir haben uns deshalb bemüht, die Stärken Berlins bei Bildung, Wissenschaft, Kultur, der Medien- und Dienstleistungstätigkeit im Umfeld des Regierungssitz, im Tourismus und auf den innovativen Kompetenzfeldern der Berliner Wirtschaft genauer zu verorten. Das sehen die meisten Beobachter Berlins und die Wirtschaftsinstitute ähnlich wie wir. Aber als einzige Berliner Partei haben die Grünen beschlossen, diese Bereiche konsequent von weiteren Sparmaßnahmen auszunehmen, weil nur über diese Stärken Berlins eine wirtschaftliche Entwicklung in Gang gesetzt werden kann, die neue Arbeitsplätze schafft.

Wir lehnen es deshalb ab, der Idee von Finanzsenator Sarrazin zu folgen, eine weitere Milliarde Euro bei Kita, Schule, Universitäten und Kultur einzusparen. Wir teilen seine interessengeleitete Interpretation des Verfassungsgerichtsurteils nicht, alle Ausgabenfelder müssten unterschiedslos auf Bundesdurchschnitt zurecht gestutzt werden, wenn der Haushalt verfassungsgemäß sein soll.